Секция «Актуальные вопросы права Австрии и Германии (на немецком языке)»

Rechtsprechung zum Vorsteuerabzug für Holdinggesellschaften

Научный руководитель – нет нет

Амбарцумян Илона Кареновна

Студент (магистр)

Московский государственный институт международных отношений,

Международно-правовой факультет, Москва, Россия

E-mail: ilona.ambartsumian@gmail.com

Die Frage des Vorsteuerabzugs für Holdinggesellschaften ist ein komplexes und häufig diskutiertes Thema in der Umsatzsteuerpraxis. Die Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshofs (EuGH) und des Bundesfinanzhofs (BFH) hat in den letzten Jahren wichtige Klarstellungen und Leitlinien für die Behandlung von Vorsteuerabzügen bei Holdinggesellschaften geschaffen.

Eine Holdinggesellschaft, deren Zweck sich lediglich auf das Halten und Verwalten von Beteiligungen beschränkt (sog. Finanzholding), gilt nicht als Unternehmer im Sinne des § 2 UstG [1]. Sie hat daher kein Recht auf Vorsteuerabzug. Anders verhält es sich bei einer Führungs- oder Funktionsholding, die aktiv in das operative Geschäft ihrer Tochtergesellschaften eingreift und Leistungen gegen Entgelt erbringt. Solche Holdinggesellschaften gelten als umsatzsteuerliche Unternehmer und haben grundsätzlich Anspruch auf Vorsteuerabzug.

Der EuGH hat in mehreren Entscheidungen, darunter die Rechtssachen *Larentia + Minerva C-108/14 und C-109/14* [2] und *Marle Participations (C-320/17)* [3], klargestellt, dass eine Holdinggesellschaft, die in die Verwaltung ihrer Tochtergesellschaften eingreift und wirtschaftliche Tätigkeiten ausübt, zum vollen Vorsteuerabzug berechtigt ist. Dies gilt auch für Kosten, die im Zusammenhang mit dem Erwerb von Beteiligungen anfallen, wie z.B. Rechtsanwalts- und Notarkosten.

In der Entscheidung *Marle Participations* hat der EuGH betont, dass eine Vermietungstätigkeit einer Holdinggesellschaft an ihre Tochtergesellschaften als wirtschaftliche Tätigkeit gilt, wenn sie nachhaltig und gegen Entgelt ausgeübt wird und der Umsatzsteuer unterliegt. Ein unmittelbarer Zusammenhang zwischen der erbrachten Leistung und dem empfangenen Gegenwert ist dabei entscheidend.

Der BFH hat diese Rechtsprechung in seiner Entscheidung vom 19. Januar 2016 (XI R 38/12) [4] bestätigt. Eine Holdinggesellschaft, die an der Verwaltung ihrer Tochtergesellschaften beteiligt ist und wirtschaftliche Tätigkeiten ausübt, hat Anspruch auf den vollen Vorsteuerabzug für Kosten, die im Zusammenhang mit dem Erwerb von Beteiligungen stehen.

In einer weiteren wichtigen Entscheidung vom 08.09.2022 (C-98/21) [5] hat der EuGH klargestellt, dass eine Holdinggesellschaft keinen Vorsteuerabzug für Eingangsleistungen geltend machen kann, die sie als unentgeltliche Gesellschafterbeiträge in ihre Tochtergesellschaften einlegt. Der Vorsteuerabzug setzt voraus, dass die bezogenen Leistungen in direktem und unmittelbarem Zusammenhang mit eigenen steuerpflichtigen Ausgangsumsätzen oder der wirtschaftlichen Gesamttätigkeit der Holding stehen.

Der BFH hat diese Linie in seinem Urteil vom 15.02.2023 [6] fortgeführt und den Vorsteuerabzug für Leistungen verweigert, die nicht in den Preis der eigenen steuerpflichtigen Leistungen der Holding eingegangen sind, sondern direkt den Tochtergesellschaften zugutekamen. Dies gilt unabhängig davon, ob die Tochtergesellschaften steuerpflichtige oder steuerfreie Umsätze erzielen.

Die Rechtsprechung zeigt, dass der Vorsteuerabzug für Holdinggesellschaften eng mit der Frage der wirtschaftlichen Tätigkeit und des direkten Zusammenhangs zwischen Eingangs- und Ausgangsleistungen verbunden ist. Eine Holdinggesellschaft, die aktiv in das operative Geschäft

ihrer Tochtergesellschaften eingreift und entgeltliche Leistungen erbringt, hat grundsätzlich Anspruch auf Vorsteuerabzug. Allerdings ist der Abzug ausgeschlossen, wenn die bezogenen Leistungen unentgeltlich an die Tochtergesellschaften weitergegeben werden oder keinen direkten Bezug zur eigenen wirtschaftlichen Tätigkeit der Holding haben.

Für die Praxis bedeutet dies, dass Holdinggesellschaften sorgfältig prüfen müssen, ob die bezogenen Leistungen tatsächlich für das eigene Unternehmen bestimmt sind und in direktem Zusammenhang mit steuerpflichtigen Umsätzen stehen. Nur so kann der Vorsteuerabzug sichergestellt werden.

Источники и литература

- 1) Umsatzsteuer-Anwendungserlass vom 1. Oktober 2010, BStBl I S. 846 – aktuelle Version (Stand 21. Januar 2025) – nach dem Stand zum 31. Dezember 2024
- 2) EuGH, Urteil v. 16.07.2015 - C-108/14 und C-109/14: <https://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/ALL/?uri=CELEX%3A62014CJ0108>
- 3) EuGH, Urteil v. 05.07.2018 - C-320/17: <https://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/ALL/?uri=CELEX%3A62017CJ0320>
- 4) Urteil vom 19. Januar 2016, XI R 38/12: <https://www.bundesfinanzhof.de/de/entscheidung/entscheidungen-online/detail/STRE201610067/>
- 5) EuGH, Urteil v. 08.09.2022 - C-98/21: <https://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/ALL/?uri=CELEX%3A62021CJ0098>
- 6) BFH Urteil v. 15.02.2023 - XI R 24/22 (XI R 22/18) BStBl 2023 II S. 940